

Die Zeit – Wirtschaft : Lohndrücker unter Druck

Die Zeit, Hamburg, Germany
Die Zeit, Hamburg, Germany

DIE ZEIT

Lohndrucker unter Druck

Ein Mindestlohn auf dem Post-Markt verhindert den Wettbewerb um die miesesten Arbeitsbedingungen

Von Gunhild Lütge

Nach langem Zögern stimmte vergangene Woche auch die Unionsspitze zu. Auf dem Post-Markt könnte es deshalb schon bald einen Mindestlohn geben. Es wird höchste Zeit. Denn vom nächsten Jahr an verliert die Deutsche Post ihr Restmonopol. Briefe bis zu 50 Gramm dürfen heute nur in eng begrenzten Fällen von Konkurrenten transportiert werden. Von 2008 an herrscht völlige Freiheit auf dem Markt.

Deutschland nimmt damit eine Vorreiterrolle ein. In den meisten anderen Ländern der Europäischen Union wurde die Liberalisierung auf 2011 vertagt. Und das bedeutet, dass der heimische Zehn-Milliarden-Markt für ausländische Rivalen komplett geöffnet, die Post aber umgekehrt in ihrer Expansion empfindlich ausgebremst wird.

Die Sorge, dass der wachsende Wettbewerb vor allem auf dem Rücken der Arbeitnehmer ausgetragen werden könnte, ist begründet. Die Vergangenheit zeigt, dass die Liberalisierung dieses Marktes Arbeitsplätze vernichtet hat, statt welche zu schaffen. Außerdem führte sie dazu, dass Löhne gedrückt und Arbeitsbedingungen verschlechtert wurden.

Seit 1999, damals startete die Öffnung des Geschäfts in kleinen Schritten, gingen bei der Post bereits 34.000 Voll- und Teilzeitstellen verloren. Die Konkurrenten schufen mit 12.000 nur etwas mehr als ein Drittel neu. Hinzu kam lediglich ein Heer von Mini- und Gelegenheitsjobbern. Viele Post-Rivalen sparen vor allem beim Lohn und drohen dabei in eine verhängnisvolle Spirale nach unten zu geraten. Wer seinen Vorteil aber nur darin sieht, immer billiger anzubieten, kann niemals besser werden. Im Gegenteil: Er endet als unzuverlässiger Billigheimer, dem schließlich niemand seine Post mehr anvertrauen mag.

Noch konzentrieren sich die privaten Anbieter auf Großkunden aus der Wirtschaft. Aber auch dort herrscht nur noch eine Maxime: Geiz ist geil. Weil selbst viele Behörden beim Versenden ihrer Post um jeden Cent zu feilschen pflegen, tragen auch sie zum Sozialdumping bei.

Somit schrumpfte die Zahl jener Arbeitsplätze mit Einkommen, von dem die Beschäftigten leben können. Etliche, die heute für Brief- und Kurierdienste ihre Arbeit tun, bleiben auf staatliche Hilfe angewiesen. Rund 8400 Menschen sind nach Auskunft der Bundesregierung davon betroffen. Selbst Vollzeitkräfte mit einer 40-Stunden-Woche sollen in manchen Fällen so wenig Geld verdienen, dass sie zusätzlich einen Anspruch auf Arbeitslosengeld II haben. Post-Chef Klaus Zumwinkel kritisiert diese Entwicklung zu Recht. Es gehe nicht an, so sein Argument, dass die Post und ihre Mitarbeiter pro Jahr 2,3 Milliarden Euro in die Sozialkassen einzahlten, während die Wettbewerber sich ihre Marktpräsenz quasi über Niedriglöhne und Transferleistungen aus den Staatskassen finanzieren ließen.

Genauere Erkenntnisse über die Arbeitsbedingungen und Gehälter bei den Post-Konkurrenten sollte eine Umfrage der Bundesnetzagentur bringen. Die muss nämlich nicht nur den Wettbewerb, sondern auch die Sozialstandards überwachen. So bestimmte es in weiser Voraussicht der Gesetzgeber, als er die Post privatisierte und den Markt liberalisierte. Soziale Verwerfungen sollte es nicht geben. Die Behörde kommt jedoch nicht richtig voran. Verschiedene Unternehmen klagten erfolgreich vor Gericht gegen die Wissensgerde der Marktaufseher. Nun soll ein abgespeckter Fragebogen für mehr Klarheit sorgen.

Das Gezänk darum, wie viele Geschäftsgeheimnisse möglich oder nötig sind, hat der Idee vom Mindestlohn nicht geschadet. Ganz im Gegenteil. Der Mangel an Transparenz auf diesem Markt dürfte viele endgültig vom

Die Zeit – Wirtschaft : Lohndrucker unter Druck

Nutzen einer Lohnuntergrenze überzeugt haben. Jetzt bleibt allerdings abzuwarten, ob dem überraschenden Vorstoß der Koalition auch Taten folgen. Denn es sind noch einige Hürden zu nehmen. Zwar wurde bereits auf Initiative der Deutschen Post ein Arbeitgeberverband gegründet. Der ist notwendig, damit die Gewerkschaft ver.di einen Verhandlungspartner für einen Tarifvertrag hat. Das Regelwerk muss dann aber noch vom Tarifausschuss für allgemeinverbindlich erklärt werden, damit es für alle Firmen gilt. Darin hat die Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände (BDA) ein entscheidendes Wörtchen mitzureden. Bislang stand sie Mindestlöhnen skeptisch gegenüber.

Fraglich ist auch, ob die großen Konkurrenten wie TNT, die Pin AG oder Hermes den neuen Verband akzeptieren werden. TNT und Pin sagen zwar, sie seien für Gespräche offen, halten sich aber noch bedeckt. Für sie spielt vor allem die Höhe der Lohnuntergrenze eine wichtige Rolle. Alle plädieren einhellig für soziale Standards, aber Hermes bevorzugt die Strategie, mit der Gewerkschaft direkt Haustarifverträge abzuschließen und steht dem von der Post dominierten Verband ablehnend gegenüber. Was die Sache nicht einfacher macht: Hermes und TNT arbeiten auf dem Briefmarkt in einem Joint Venture eng zusammen. Es ist daher gut möglich, dass sich nun einige Post-Konkurrenten in einer lähmenden Debatte verzetteln oder den Rechtsstreit suchen, um Post-Chef Zumwinkel zu stoppen.

Dessen Vorstoß hat eine Dimension, die weit über den Rand einer Briefmarke hinausreicht. Insgesamt arbeiten fast 200.000 Menschen in dieser Branche. Rutschen davon mehr und mehr auf das Niveau von Niedriglöhnern ab, werden sie zu Aufstockern. So nennt man all jene, die gezwungen sind, zusätzlich zu ihrem Lohn noch Hartz-IV-Leistungen zu beziehen. Weil ihnen außerdem keine Chance zur Vorsorge bleibt, wird sie die Armut bis ins Alter begleiten. Und das entwickelt sich in Deutschland grundsätzlich zum Problem, wie die Organisation der großen Industrienationen OECD bereits anmahnte.

Doch es wächst nicht nur das Armutsrisiko der Beschäftigten, wenn die Einführung eines Mindestlohnes misslingt. Alle weitsichtigen Unternehmer, die ein nachhaltiges Geschäft mit gutem Service aufbauen oder erhalten wollen, hätten kaum Chancen, wenn Lohndumping zum dominierenden Geschäftsmodell würde. Es bedarf stets nur weniger Lohndrucker, um alle anderen mit nach unten zu ziehen. Gibt es keine Bremse, bestimmen die Skrupellosen die Sozialstandards im Lande. Einen Wettbewerb um die miesesten Arbeitsbedingungen kann jedoch niemand wollen. Somit tun sich die seriösen Post-Konkurrenten keinen Gefallen, wenn sie im Schmollwinkel verharren.

Selbst die Kunden werden es zu schätzen wissen, wenn sich Wettbewerb statt über sinkende Löhne über steigende Qualität vollzieht. Verspätete oder verschlammte Post kann für sehr viel Ärger sorgen. Nicht nur deshalb sollten wir unsere Briefträger gut behandeln. Und das bedeutet auch, ihnen ein Einkommen zu zahlen, mit dem sie ihr Auskommen haben.

Soziale Verwerfungen

DIE ZEIT, 30.08.2007 Nr. 36

36/2007